

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 15.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 15. April 1910.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Postcheckkonto 7718, Cöln.

Unter vorstehender Nummer ist die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands bei dem Postcheckamt in Cöln angeschlossen. Alle Geldsendungen, die für die Geschäftsstelle bestimmt, sind an das genannte Konto zu überweisen.

Zum sechsten Verbandstag.

Der Verbandstag, die oberste Instanz unserer Organisation, tritt in diesem Jahre, wie aus der Bestätigung des Vorstandes in der vorhergegangenen Nummer ersichtlich ist, in der Hauptstadt Westfalens, in Münster, zusammen. Während der letzte Verbandstag vor 2 Jahren in München mitten in einer Periode wirtschaftlichen Niederganges tagte, findet der diesjährige Verbandstag, Gott sei Dank, das Wirtschaftsleben sich wieder in aufsteigender Richtung bewegen. Glücklicherweise hat der Verband die schweren Krisenjahre mit den vielerlei an ihn gestellten Anforderungen überstanden. Nicht im geringsten durch die Krise geschwächt, sondern während der Krisenzeit noch gestärkt steht heute der Verband festgefügt vor uns. Das gilt namentlich in bezug auf die Kassenverhältnisse. Betrag doch das Gesamtvermögen des Verbandes am 1. Januar 1908 rund 184 000 Mark gegen 215 000 Mark am 1. Januar dieses Jahres. Mit hin ist trotz der hohen Unterstützungsansprüche während dieser Zeit das Vermögen um 131 000 Mark gewachsen, ein Erfolg, mit dem wir sehr wohl zufrieden sein können.

Wenn wir diese Tatsache heute, zur Freude aller Verbandsmitglieder konstatieren können, so danken wir das dem weitausschauenden Blick der Delegierten der vorhergehenden Verbandstage. Nicht immer mag es den Delegierten leicht gefallen sein, die Einnahmequellen mit den Ausgaben, insbesondere mit den durch erhöhte Unterstützungen verursachten Ausgaben in Einklang zu bringen. Aber es mußte geschehen. Die Unterstützungen sowohl wie die Beiträge durften auf der Höhe, wie sie bei Gründung des Verbandes vorhanden war, unmöglich stehen bleiben. Heute würde ein vernünftiger Kollege darüber lachen, wenn wir wie vor 8 bis 10 Jahren, einen Wochenbeitrag von nur 10 oder 15 Pfg. erheben wollten. Es mußte nach und nach an eine Erhöhung der Beiträge herangetreten werden, wie das dann auch auf den Verbandstagen in Frankfurt von 10 auf 15 Pfg., in Cöln von 15 auf 20 Pfg., in Düsseldorf vom 20 auf 30 Pfg. und in Essen im Jahre 1906 von 30 auf 50 Pfg. geschehen ist.

Auf dem diesjährigen Verbandstage werden wir uns mit einer Beitragserhöhung nicht zu befassen brauchen. Wenigstens ist nicht beabsichtigt, seitens des Zentralvorstandes, mit einem Antrage auf Beitragserhöhung an den Verbandstag heranzutreten. Und wenn die Verbandsmitglieder und Delegierten die Ansicht des Zentralvorstandes teilen, dürfte die Erörterung dieser Frage auf dem sechsten Verbandstage in Münster ausbleiben.

Mit der Beitragsfrage eng verbunden ist die Frage der Unterstützungsleistungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn an den Einnahmen bezw. an den Beiträgen nicht gerüttelt wird, auch die Unterstützungen nicht erhöht werden dürfen. Höhere Unterstützungen fordern ohne danach zu fragen, woher die Mittel genommen werden sollen, wäre Unfug. Schließlich würde die Kampffähigkeit des Verbandes dadurch auch herab geschwächt, daß er seine Hauptaufgabe, die Erhaltung und Erhaltung guter Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr erfüllen könnte. Das wird aber niemand von den Verbandsmitgliedern wollen, im Gegenteil, dürften alle ohne Ausnahme von dem Bestreben durchdrungen sein, den Verband kampffähig zu erhalten.

Ein anderer Punkt dagegen wird von den Beratungen auf dem diesjährigen Verbandstage einen breiten Raum in Anspruch nehmen. Es wird in erschöpfender Weise darüber geredet werden müssen, wie wir den Verband weiter ausdehnen durch Gründung neuer Zahlstellen und wie wir ihn stärken durch Gewinnung neuer Mitglieder. Die hinter uns liegenden Krisenjahre waren bekanntlich für die Werbearbeit eine äußerst ungünstige Zeit. Die Furcht vor Entlassungen, Maßregelungen usw. erstreckte bei vielen Kollegen die Freude an der Werbearbeit vollständig. Die infolge der schlechten Beschäftigung zur Abreise genötigten Kollegen rissen manche Rücken in die Reihen einzelner Zahlstellen. Es ist daher zu verstehen, wenn in den letzten Jahren eine größerer Mitgliederzuwachs nicht zu verzeichnen war. Umso mehr jedoch haben wir nunmehr, nachdem der wirtschaftliche Aufschwung eingesetzt, alle Veranlassung, mit verdoppeltem Eifer die Werbearbeit wieder aufzunehmen. Aufgabe des Verbandstages wird es sein, zu prüfen, einmal ob in allen Zahlstellen die Werbearbeit ernstlich betrieben wird und zweitens alle Mitglieder daran zu erinnern, sich um der guten Sache willen am Verbandsleben eifrig zu beteiligen. Die Werbearbeit ist das Wichtigste, was in den nächsten Jahren zu geschehen hat.

Daneben wird sich noch reichlich Gelegenheit finden, eine Menge anderer, wichtiger Angelegenheiten zu behandeln. In manchen Zahlstellen läßt die innere Verwaltung noch immer viel zu wünschen übrig. Dadurch gehen ohne Zweifel Hunderte von Mitgliedern dem Verbandsleben verloren. Die vom Zentralvorstande angeordneten Maßnahmen, werden vielfach nicht beachtet. Vor der Einreichung statistischer und sonstigen Materials, wie Kranken- und Arbeitslosenangaben, Betriebsüberichten, Quartalsabrechnungen, Ratenzahlungen usw. müssen manche Zahlstellen ein halbes Duzend Mal an ihre Pflicht erinnert werden. Damit wird einmal viel Zeit und Geld verschwendet, dann aber auch trägt die mangelhafte Verwaltung einer Zahlstelle sicherlich nicht zu deren Emporkommen bei. Auch die letzte und kleinste Zahlstelle muß, was die innere Verwaltung angeht, tadellos in Ordnung gebracht werden.

Nicht an letzter Stelle werden unsere geführten Lohnbewegungen und die dabei zu Tage getretenen Erscheinungen ausgiebig besprochen werden. Dabei wird sich auch ergeben, welche Zahlstellen bei der letzten großen Tarifbewegung, bei der so außerordentlich viel auf dem Spiele stand, ihre Pflicht und Schuldigkeit getan oder nicht getan haben. Der Verband darf jedenfalls mit Stolz behaupten, daß er trotz der wirtschaftlich ungünstigen, hinter uns liegenden Jahre außerordentlich viel im Interesse der Kollegen geleistet hat. Sache des Verbandstages wird es sein, jene Maßnahmen zu besprechen, die erforderlich sind, um auch in den nächsten zwei Jahren die Interessen der Kollegen in der bestmöglichen Weise vertreten zu können.

Mit diesen wenigen Andeutungen wollen wir uns für heute begnügen und die Diskussion im Verbandsorgan eröffnen. Jedem Verbandsmitgliede steht es frei, sich an der Diskussion zu beteiligen. Nur die eine Bitte möchten wir aussprechen, daß mit Rücksicht auf den beschränkten Raum alle Zuschriften in knapper und knapper Form recht viele und brauchbare Anregungen liefern.

Der Kampf im Baugewerbe.

Ein so großer Umfang, wie der Kampf im Baugewerbe anzunehmen drohte, dürfte wohl nicht in die Erscheinung treten. Wird auch auf beiden Seiten mit einer Ausdauer gekämpft, die bisher noch nicht gekannt wurde, so steht doch bereits fest, daß viele Unternehmer Vernunftgründen zugänglicher sind, als Scharfmacherplänen. In Hamburg ist die Einigung perfekt und in Berlin dürften die eingeleiteten Verhandlungen ohne Kampf zu einer Verständigung führen. Der ausbrechende Kampf wird so bezeichnender Weise hauptsächlich in den Gebieten der schweren In-

dustrie ausgetragen werden. Das deutet darauf hin, daß es weniger die Arbeitgeber des Baugewerbes sind, die zu einer Machtprobe drängen, als die großindustriellen Scharfmacher, denen die eifrige Förderung der Interessen der gelernten Arbeiter durch die Gewerkschaften als eine schwere Gefahr für den Stumpfsinn der Massen in der schweren Industrie erscheint. Tagtäglich werden Stimmen laut, die auf diese Tatsachen hinweisen. Die Großindustriellen, in deren Betrieben bis heute keine Organisation aufkommen konnte, haben gewiß das größte Interesse daran, wenn die handwerksmäßigen Berufe in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht so sehr voranschreiten. Auf der Generalversammlung der Arbeitgeber des Baugewerbes wurde dieses offen erklärt und gleichzeitig betont, daß die Industriellen auch materiell die Bauunternehmer im Kampfe unterstützen würden.

Ob in den Industrievierteln (Rheinland-Westfalen, Saarrevier, Oberschlesien usw.) alle Bauunternehmer den Großindustriellen zur Verfügung stehen, ist noch sehr zu bezweifeln. Immerhin aber wird die Zahl der Ausgesperrten noch bedeutend genug sein, daß damit eine Erschütterung mancher Gewerbe ermöglicht wird. Die kampfesfreudige Stimmung der Bauarbeiter bürgt indes wohl dafür, daß der große Schlag der Unternehmer partiiert wird. Im Zentralverbande christlicher Bauarbeiter ist keine Zahlstelle vorhanden, die nicht Extrabeiträge leistet. Teilweise betragen letztere mehrere Mark pro Woche. Die Angestellten des Verbandes haben sich verpflichtet, vor ihren Monateinkommen 75, 90 und 100 Mark an die Streikkasse abzuliefern. Für die ersten 14 Tage wird keine Streikunterstützung ausbezahlt. Das Beitragswesen ist für die Aussperrungszeit vollständig neu geregelt. Statt Wochenbeiträge treten Tagesbeiträge in Kraft, die für die nichtausgesperrten Mitglieder 10 Pfg. bis 1 Mark betragen. Die in den Zahlstellen liegenden Gelder werden vollständig an die Hauptkasse abgeführt.

Am 15. April soll der Kampf beginnen. Warten wir ab, was der Tag bringt. Nachdem alle Verhandlungen an dem Starrsinn der Arbeitgeber gescheitert sind, tragen diese auch die Verantwortung für alle sich aus dem Kampfe ergebenden Folgen. Nicht nur die Arbeiterschaft denkt so, sondern auch weite bürgerliche Kreise. Selbst die „Kölnische Zeitung“ kommt zu dem Ergebnis, daß es die Arbeitgeber sind, die den Kampf heraufbeschworen. Die öffentliche Meinung steht auf Seiten der Arbeiter. Das wird manchem Arbeitgeber zu denken geben und veranlassen, mit seinen Arbeitern in Frieden auszukommen.

Inzwischen wird in der Tagespresse der Streit um die Richtigkeit der beiderseitigen Standpunkte ausgefochten, wie das bisher noch bei keinem Arbeitskamps zu verzeichnen war. Abgesehen von der reinen Scharfmacherpresse finden die Aussperrungsgründe der Arbeitgeber nirgend die erhoffte Würdigung. Die Verschlechterungen, die den Arbeitern geboten werden, sind eben so offenkundig, daß nur jeder halbwegs einsichtige Mensch sich sagen muß: Die Arbeiter sind vollständig im Recht, wenn sie sich derartiges nicht bieten lassen. Und mit dieser öffentlichen Meinung muß gerechnet werden.

Die Arbeitgeber und die Tarifbewegung.

Nachdem durchweg in den einzelnen Vertragstypen die noch nicht ausgeglichene Differenz durch ein gegenseitiges Uebereinkommen aus der Welt geschafft, die Verträge formuliert und unterzeichnet sind, nimmt in Nr. 13 der „Fachzeitung“ die Zeitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe das Wort, um in längeren Ausführungen ihre Stellung in der Tarifbewegung darzulegen und gleichzeitig ihre Haltung gegenüber den opponierenden Arbeitgebern zu rechtfertigen. Die Ausführungen besagen klar und deutlich das, was man in Arbeiterkreisen längst vermutete und mußte; nämlich, daß einige nicht zur Vermittlung der Arbeitgeber gehörige Scharfmacher versucht haben, ihr Geschick als Lakaien zu erproben. Ihr Einfluß erreichte zwar die Ablehnung des geplanten Schiedsgerichts, konnte aber nicht den Erfolg für die Arbeiterschaft vereiteln. Zu letzterem reichte das tatsächliche Vermögen nicht aus.

Einleitend wird in der „Fachzeitung“ bemerkt, daß der Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes während der Vertragsverhandlungen eine Zurückhaltung in bezug auf die Mitteilungen über den Stand der Dinge geübt habe. Durch Zeitungsaufsätze könnten Verhandlungen irgend einer Art eben nicht gefördert werden. Das trifft ungewissheit zu und haben aus dieser Erwägung heraus die Zentralverbände

beim Eintritt in die gemeinsamen Verhandlungen den Beschluß gefaßt, nur das allerwichtigste über den Stand der Verhandlungen zu berichten. So erklärt es sich, wenn auch im „Holzarbeiter“ die Berichterstattung nicht allen Wünschen unserer Kollegen gerecht wurde. Vom rein agitatorischen Standpunkte aus hätte eine ausführlichere Berichterstattung nur für zweckmäßig erachtet werden können; die sachlichen Bedenken wogen indes über. Und daß dieses gut war, zeigt uns der erzielte Erfolg.

Mit der „Arbeitgeber-Zeitung“, die zu verschiedenen Malen die Latit der Arbeitgeber des Holzgewerbes nicht verfehlen konnte und die für den einheitlichen Ablaufstermin der gesamten Tarifverträge im Holzgewerbe plädierte, beschäftigt sich die „Fachzeitung“ sonderbarer Weise nur mit der größtmöglichen Kürze und ohne Namensnennung. Diesen „Augen Leuten“ gegenüber wird auf jeden Einwand verzichtet. Mehr Worte fallen jedoch über die Haltung der Ortsvertreter in der Frage des Schiedsgerichts unter dem Vorhinein eines Unparteiischen. Die „Fachzeitung“ gesteht:

War bis dahin eine immerhin ruhige und versöhnliche Stimmung auch bei den Arbeitern zu verzeichnen, so änderte sich die Situation durch die Ablehnung des Schiedsgerichts so vollständig, daß die Fortsetzung der begonnenen Verhandlungen so gut wie ausgeschlossen erschien. Dem Zentralvorstand des Schutzverbandes wurde von der Gegenseite jedes Vertrauen entzogen und jegliche Autorität gegenüber seinen Unterverbänden abgesprochen, und feierlich wurde verkündet, daß man nunmehr natürlich auch unsere Verhandlungskommission ablehne.

Die nun folgenden Sitzungen waren die schwierigsten der ganzen Periode, und die Mitglieder des Zentralvorstandes haben die Freuden und Annehmlichkeiten ihrer Aemter in vollen Zügen genießen müssen. Hier hat sich in aller Deutlichkeit wieder einmal das alte Wort bewährt, daß „viele Köche den Brei verderben“, und es wird daraus zu folgern sein, daß es für die Zukunft nicht angeht, die einflussreiche Latit von einer aus 75 Personen bestehenden Versammlung bestimmen zu lassen. Es wäre falsch, mit der Ansicht zurückzuhalten, daß die Ablehnung des Schiedsgerichts eine Fatale war und die Verhandlungen wie auch das Resultat wesentlich beeinträchtigt hat. Nachdem jedoch der Vorstand auf die Folgen des Beschlusses schon am 28. Dezember hingewiesen und seine ersten Bedenken ausgesprochen hatte, trifft die Verantwortung nicht ihn, sondern die Gesamtheit der Verbandsvertreter. Daß die gewünschte Verhandlungskommission trotz des ablehnenden Standpunktes der Arbeiterschaft in Funktion treten konnte, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber in allen Städten entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Arbeiter zeigten und damit am besten ihre Friedensliebe dokumentierten.

Der Zentralvorstand der Arbeitgeber hatte sich gewissermaßen für das Schiedsgericht festgelegt und Herrn von Berlepsch als Unparteiischen akzeptiert. Nachdem dieser im Jahre 1908 in so vorzüglicher Weise die Leipziger Verhandlungen geleitet, bedeutete die Ablehnung des Schiedsgerichts eine Verächtlichung seiner Person und gleichzeitig, da Herr von Berlepsch unter den Sozialreformern der führenden Mann ist, war die Ablehnung des Schiedsgerichts auch gleichbedeutend mit einer Abfrage an die sozialreformistischen Bestrebungen. Das mag dem Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes durchaus keine angenehme Erscheinung gewesen sein.

Von Interesse ist die Mitteilung der „Fachzeitung“, daß im Anfang der Bewegung an einem Orte eine Lohnerhöhung von 4 Pfg. pro Stunde seitens der städtischen Leitung der Arbeitgeber zugestanden sei. Ob dieses richtig gewesen wäre sei zweifelhaft, denn dadurch war ja das Signal für die Arbeiter aller übrigen Städte gegeben, und, wie Figuren zeigt, ist es fast nirgends gelungen, zu geringeren Zugeständnissen davon zu kommen. — „Der Litz“ las man bekanntlich anders. Da sollten überhaupt keine Zugeständnisse gewährt sein und anderstehende Forderungen wurden als „Bluff“ der Arbeiter abgetan.

Was die Arbeitszeit anbelangt, so scheint dieses der größte Differenzpunkt zwischen den Scharfmachern und dem Zentralvorstand gewesen zu sein. Die Regelung dieser Angelegenheit soll viel Rappierbrechen gemacht haben. Berücksichtigt man jedoch unparteiisch, so schreibt die „Fachzeitung“, daß die geforderte und von einigen Städten jetzt bewilligte Arbeitszeit in zahlreichen gleich großen Betrieben bereits eingeführt ist und ein Ausgleich im Interesse beider Teile liegt, so wird ein Nachgeben in diesem Punkte jedem Einsichtigen verständlich erscheinen. — Dem kann man ohne weiteres zustimmen.

Wenigstens es den Arbeitgebern schwer fallen soll (was bekanntlich ja immer der Fall ist) die Zugeständnisse an die Arbeiter zu gewähren und auch eine Anzahl Ortsverbände den Kampf gehabt haben sollen, den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen, habe der Zentralvorstand im Verein mit der Kommission eine friedliche Regelung der Tarifbewegung angestrebt. Als Gründe werden gegen die Aussperrung angeführt:

1. Eine Anzahl der hauptsächlich in Frage kommenden Städte, wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle, Götting, Kiel, Bang usw., hatten im Jahre 1907 langwierige Kämpfe durchgemacht und große Opfer gebracht.
2. Die Arbeiterjahre 1908 und 1909 haben nicht gerade dazu beigetragen, die finanziellen Lage unserer Mitglieder zu verbessern, ganz im Gegenteil. Wer so wie der Zentralvorstand in der Lage ist, die Bedürfnisse zu übersehen, die Bedürfnisse in ihrem inneren Gehalt zu berücksichtigen und die geschäftliche Lage zu beobachten, wird welcher die Notlage unserer Mitglieder erleben muß, der wird es sich sehr freuen, es er mit Rücksicht auf Erfolg einer verständigen Kompromiß wegen hier.
3. Die Kommission hat den Arbeitern ohne jede Frage eine gewisse Berücksichtigung zu Rechtzuerkennung gegeben, und sich ganz klar in diesem Punkte dem Zentralvorstand gegenüber, daß ein Kompromiß zu bewilligen; denn daß die Arbeiter den auf sie entfallenden Anteil an den Steuern auf Bier, Tabak, Spiritus, Zucker, etc. nicht auf ihre Arbeitgeber abwälzen können, auch ja von unerschwinglich in großer Anzahl.
4. Auch eine Aussperrung hätte doch nicht wegen einer Unzufriedenheit mit sich selbst werden können, sondern lediglich wegen der Höhe derselben. Selbst angenommen, daß ein Kampf von 10 bis 12 Wochen erforderlich ist und während dieser Zeit die Arbeiter eine Anzahl von Tagen nicht arbeiten können, dann ist dies ein Kampf, den man nicht ohne Rücksicht auf die Arbeiter führen sollte.

lohn ruiniert man nicht mehreren Tausenden von Verbandsmitgliedern die Existenz.

Alles habe so einer Aussperrung widerstrebt und dadurch, daß eine Einigung ohne unparteiischen Schiedsrichter erzielt sei, habe dem Verlangen der Ortsvertreter Rechnung getragen werden können. Die Aufgabe der verhandelnden Personen ist indes keine leichte gewesen. Muß doch eingestanden werden:

„Möge es für die Zukunft gelingen, daß wir auf Grund der geschaffenen Basis, ähnlich wie im Buchdruckgewerbe, mindestens 5jährige Verträge schließen können mit der Maßgabe, daß ein generelles Angebot für alle beteiligten Städte gemacht wird, denn die diesjährigen Verhandlungen haben an die Arbeitskraft der Beteiligten so übermenschliche Anforderungen gestellt, daß wir bei einer Wiederholung dieser Arbeit ein Versagen auf der ganzen Linie befürchten müssen.“

Mit letzterer Möglichkeit rechnen auch die Arbeiter. Wenn in diesem Jahre die Bewegung friedlich verlief, ist das durchaus kein Grund zur Annahme, daß dieses für alle Zeiten so bleibt. Wir verdanken den Erfolg dieses Jahres, abgesehen von den Dingen, die die „Fachzeitung“ anführte, unserer festgelegten Organisation. Weisen die Arbeitgeber auch nicht darauf hin, so ist das doch eine unbestrittene Tatsache.

Die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat bei der Bewegung manchmal die Klippen des Scharfmacherstromes geschickt umfahren müssen, um eine Katastrophe zu vermeiden. Wird ihr das dauernd möglich sein? Wir rechnen nicht damit. Unsere Erfolge der Zukunft basieren auf der Durchführung der Parole: Stärket die Organisation!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. April fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages in Höhe von 25 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 75 Pfg.) erhält die Zahlstelle Jmmenstadt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Verhandlungsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Kampf ist ferngehalten

Schreibern und Maschinenarbeitern: Jassenhausen, Rray (Geymann), St. Gallen.
 Tapezierern: Stuttgart, Rürnberg-Fürth, Wilhelmshafen.
 Bürstenarbeitern: Riferhammer (Bods).

Tarifabschluss im Sölmer Tapezierergewerbe. Nachdem die Sölmer Tapezierer lange Jahre ohne Tarif gearbeitet, ist es jetzt endlich gelungen, für das Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationsgewerbe einen Vertrag abzuschließen. Wenn es auch diesmal noch nicht gelungen ist, den von den Gehülften gewünschten Minimallohn von 56 Pfg. für ältere Arbeiter durchzusetzen, so bringt der Vertrag im übrigen den Kollegen doch wesentliche Verbesserungen. Die Arbeitszeit, welche bisher trotzdem dieselbe schon 1904 auf 9 Stunden festgesetzt war, noch für fast ein Drittel der Gehülften 9 1/2 und 10 Stunden betrug, wurde für alle Betriebe auf 9 Stunden täglich festgesetzt. Am 10. Nov. 1912 folgt eine weitere Verkürzung von einer Stunde pro Woche, sodas alsdann die Arbeitszeit wöchentlich 58 Stunden beträgt. Der Minimallohn für Ausgelernte beträgt vom 1. April 1910 ab 40 Pfg. und vom 1. April 1912 ab 42 Pfg. pro Stunde. Für Gehülften, welche ein Jahr die Lehre beendet haben, beträgt der Minimallohn ab 1. April 1910 45 Pfg. und ab 1. April 1912 48 Pfg. pro Stunde. Auf alle übrigen Löhne erfolgt am 1. April 1910 ein Zuschlag von 2 Pfg., am 1. April 1911 wieder ein Zuschlag von 2 Pfg. und am 1. April 1912 ein Zuschlag von 1 Pfg. pro Stunde. In solchen Betrieben, wo bisher noch eine längere als 9 stündige Arbeitszeit bestanden hat, darf durch die Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit ein Lohnausfall nicht stattfinden. Überstunden werden bis 9 Uhr ebenfalls mit 25%, Nachtarbeit und Sonntagsarbeit mit 50% Zuschlag bezahlt. Bei auswärtiger Arbeit wird Fahrlohn für Straßenbahn, oder III. Klasse für Eisenbahn, nicht 1 Mk. für Mitbewohner verjuzet. Ist Übermachten erforderlich, so beträgt der Speisepreis mindestens 3 Mk. pro Tag. Bei Akkordarbeit tritt sofort ein Zuschlag von 7% ein. Unerschuldeter Warten bei Akkordarbeit ist im Stundenlohn zu bezahlen. Als Mindestverdienst gilt bei Akkordarbeit der Stundenlohn. Die Vertragsdauer beträgt 3 Jahre und zwar vom 1. April 1910 bis 1. März 1913. Wenn durch die Abschließung des Vertrages auch nicht alle Wünsche der Kollegen befriedigt sind, so bedeutet derselbe doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. An den Gehülften selber liegt es jetzt, dafür zu sorgen, daß der Vertrag auch in allen Betrieben zur Geltung kommt. Dieser wird eine ganze Reihe von Arbeitgebern, die dem Schutzverband nicht angehören und sich in der neuangeordneten Gewerkschaften noch nicht anschließen, der Durchführung des Vertrags entgegenstellen können. Auf diesen Betrieben wird auch zum größten Teile noch 10 Stunden gearbeitet und alle Kollegen haben das größte Interesse daran, daß bei die 9 stündige Arbeitszeit eingeführt wird, auch wenn die betriebsfremden Kollegen noch keinen Verband angehöre. Mögen alle Kollegen beifolgende sein, während Verbände auch auf diesen Betrieben Eingang zu verschaffen.

Tarifbewegung im Münchener Wagenbaugewerbe. Nach wiederholten Verhandlungen am Gewerbegericht, die unter dem Vorsitz des Herrn Gerichtsrat Dr. Geßler gepflogen wurden, einigten sich die beiderseitigen Kommissionen auf folgende provisorischen Vereinbarungen: Die bestehenden Löhne werden ab 1. Mai 1910 um 2 Pfg., in den Jahren 1911 und 1912 ebenfalls um je 2 Pfg. und im Jahre 1913 um 1 Pfg. erhöht. Die Mindestlöhne erhöhen sich im Jahre 1910 und 1911 um je 2 Pfg. Letztere Bestimmung kommt bei den Löhnen der jungen, bis zu zwei Jahr ausgelehrten Arbeitern nicht in Anwendung. Unsere christlich organisierten Kollegen der Wagenbaubranche, Wagner, Schmiede, Sattler und Lackierer, waren bei den Verhandlungen durch die Kollegen Schwarzer und Wagner (christl. Metallarbeiterverband) vertreten. Eine allgem. Wagenbauarbeiterversammlung am 4. April hat den Vereinbarungen zugestimmt. Somit ist der Friede im Wagenbaugewerbe auf Jahre gesichert. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Mai 1914.

Tarifbewegung im Parzellengewerbe zu München. Nach 6-tägigem Ausstand ist hier der Friede wieder hergestellt. Unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbegerichtsdirektors Dr. Preiner fanden zweimal Verhandlungen statt, die schließlich eine Einigung brachten. Die wöchentliche Arbeitszeit wird sofort von 53 auf 52 Stunden herabgesetzt. Der Stundenlohn erhöht sich sofort von 70 auf 75 Pfg., ab 1. April 1911 auf 78 Pfg.; weiter erhöht sich der Lohn auf die jetzt bestehenden Mengengrößen pro qm um 5 Pfg. Hiervon entfallen bei geteilter Arbeit auf das Legen 3 Pfg., Putzen 2 Pfg. Eine weitere Erhöhung von 3 Pfg. tritt am 1. April 1911 in Kraft, hiervon entfallen auf das Legen 2 Pfg., auf das Putzen 1 Pfg. Außerdem wurden noch verschiedene andere Verbesserungen erreicht. Die Vertragsdauer gilt ab 1. April 1916.

Die Abwehrbewegung bei der Firma Orleky & Steinmeier in Bad Deynhausen ist nach längerem Streik erfolgreich für die Kollegen beendet worden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Weeze. Wenn man in gegenwärtiger Zeit den Blick auf die Niederrhein, besonders auf unsere Nachbarzahlstellen Soch & Kleve wirft, so kann man mit Freude begrüßen, daß dort die Organisationsgedanke immer mehr in die Herzen der Arbeiter dringt. Aber auch in unserer, sonst immer so stillen Zahlstelle entfaltet sich in gegenwärtiger Zeit eine rege Werbearbeit. Auch die Zahl der Kämpfer eine sehr geringe, so ist es dennoch durch Abhalten von zwei Agitationsversammlungen gelungen, an in unserer Zahlstelle eine Anzahl Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Aber der meitaus größte Teil der hier am Ort beschäftigten Arbeiter steht der Organisation noch fern. Dam dürfen die Kollegen keine Zeit mehr verschäumen, und es die noch fernstehenden über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären, denn sie alle bedürfen doch sicher wohl der Organisation, besonders die Arbeiter an den Maschinen und in den Sägewerken. Der Lohn dieser stimmt gewiss nicht mit der hohen Wohnmiete und den teuren Lebensmittelpreisen überein. Gibt es unter den Maschinen- und Sägewerksarbeitern auch noch viele, die die leidige Menschenfurcht, die Furcht vor dem Arbeitgeber, von der Organisation zurück hält, so werden aber auch diese, wenn die Kollegen in der Agitation mithelfen, sich unserem Holzarbeiterverbande anschließen. Wenn alle Kollegen tätig sind, so wird auch unsere Zahlstelle bald zu einer der größten des Verbandes werden.

Siegen. Unsere Zahlstelle wird in der Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ einiger sozialdemokratischer Einwände gewürdigt. Ein Zeichen, das man uns beachtet. Wir müssen dem Strikenten der „Holzarbeiter-Zeitung“ leider gestehen, daß ihm während des Schreibens die Logik durchgegangen ist. Erst rühmt er von der Zahlstelle Siegen des sozial. Verbandes, daß sie „stärker ist als je zuvor“, während es den Christlichen „nicht gelingt unter den Holzarbeitern Eingang zu finden“; dann aber bringt er fertig jammern, daß die Christlichen doch einmal bei den „frommen Unternehmern dahin wirken möchten, daß die 10 1/2 und 11 stündige Arbeitszeit, nebst den Hungerlöhnen beseitigt wird, und die Arbeitgeber mehr Rücksicht zu üben. Mag sich der Artikelschreiber nur gesagt sein lassen, daß unser Verband schon für die Verbesserung der Verhältnisse mindestens das gleiche getan hat und der tote Verband in Siegen. Wären wir hier so stark, wie die sozial. Holzarbeiter nach dem Artikel sich dünken, dann ist gewiss anders aus. Aber, daß die „Genossen“ mit den angeblich vielen Anhängern unsere junge Zahlstelle bitten, bei den Unternehmern etwas zu erwirken, ist ein Jammerzeugnis. Warum organisieren sich die „Genossen“ denn eigentlich in sozial. Verbänden, wenn sie selbst einsehen, daß ein christlicher Verband mehr ausrichten kann? Die „Versöhnung mit der arbeitserfeindlichen Ausbungerungsolitik“ wie sie in den christlichen Gewerkschaften betrieben werden soll, muß der Arbeiterschaft dann doch noch nach Vorteile bringen als der sozial. Klassenkampf. In Siegen hat letzterer wenigstens bis heute noch nicht vermisst, die 10 1/2 und 11 stündige Arbeitszeit nebst den „Hungerlöhnen“ zu verringern. Solches erwartet man von den christlichen „Ausbungerungsolitik“. Daß man trotzdem auf die Christlichen sich verlassen ist sozial. Manier.

Stroh-Steinheim (Hessen). Aus Anlaß des 5-jährigen Bestehens unserer Zahlstelle hielten wir am 9. April im Verband lokal zur Post eine gut besuchte Festversammlung ab. Die Versammlung, die als eine gut verlaufene zu bezeichnen ist, leitete der Vorsitzende Kollege Neufert. Bei der Eröffnung der Versammlung begrüßte der Vorsitzende den Bezirksleiter Kollege Erving-Frankfurt, so wie alle anderen Gäste recht herzlich. Der Vorsitzende der zweite Vorsitzende des Bezirksleiters Kollege Junges im Namen des Kartells unserer Zahlstelle die besten Wünsche der Kollege Neufert gedachte in kurzen trefflichen Worten der beiden Gründer unserer Zahlstelle, der Kollegen Kempf-Mannheim & Gressen-St. Gallen, die unermüdlich für die Zahlstelle in die Delegation überhaupt gearbeitet haben. Kollege Erving-Frankfurt über die Bedeutung und Aufgaben der christlichen nationalen Arbeiterbewegung. In seiner Rede gedachte er der Schicksale unserer kleinen aber fest und wehrhaften Zahlstelle, die zwar nicht große Kämpfe führen kann, in der aber doch trotzdem ein guter Geist herrscht. Nach beendeten Vortrag dankte der Vorsitzende dem Referenten für die vorzüglichen Worte, die er nicht alle Anwesenden zu Herzen nehmen und jeder in seiner Berufsgruppe verwerten wird. Der geschäftliche Teil wurde durch die Diskussion zu Ende geführt, und es folgte darauf ein gemütliche Teil, der die meisten Anwesenden noch längere Zeit

Gewerkschaftliches.

Auf der Höhe der Zeit. Am 2. und 3. April waren in Solingen die Vertreter der Zahlstellen des Gaues Düsseldorf des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes versammelt, um ihre Verbandsangelegenheiten zu besprechen. Wie aus den in der sozialdemokratischen Tagespresse veröffentlichten Berichten über den Gantag hervorgeht, hat man an den beiden Verhandlungstagen recht kräftig auf die Christlichen geschimpft und zwar in einer Weise, die an der gesunden Denkfraft mancher Leute zweifeln läßt. Im Vollgefühl der vollbrachten Taten gingen die Genossen nach zwei Tagen wieder auseinander, nachdem ihnen zuvor noch vom Vorsitzenden des Gantages bescheinigt war, daß die Verhandlungen auf der Höhe der Zeit gestanden hätten. Von der „Höhe der Verhandlungen“ mögen folgende Redeproben, die die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ wiedergibt, überzeugen:

Meier (Düsseldorf): „Wo keine genügend starke Organisation, lasse sich selbstredend auch kein Tarifvertrag durchsetzen. Redner führt Fälle an, wonach die Schuld den Kollegen zufällt, daß nichts erreicht oder das Erreichte nicht innehalten wurde. Oftmals erbärmlich haben sich die „Christlichen“ benommen, die ihre Interessen mit Füßen treten.“

Neudeck (Bochum) bespricht die Tätigkeit der „Christlichen“ Organisation. Nach der Lohnbewegung werde von jener Seite der Wahrheit zumider behauptet, der Holzarbeiterverband habe nichts in die Wege geleitet, die Christlichen seien vielmehr die treibende Kraft gewesen, obwohl sie gar nichts zur Erringung der Erfolge taten! Von gewöhnlichen Verdrängungen lebe der christliche Verband. Aber die Arbeiter merken es doch heraus: Die Ausperrungstaktik der Unternehmer trieb uns 80 Kollegen in die Arme, solche Erfolge sind hier außerordentlich schwer zu erzielen.

Neusel (Düsseldorf): „Zu wundern brauchen wir uns nicht, daß die Tarifabschlüsse nicht besser ausgefallen sind. Die Erzeugnisse der Jesuitenschule, mit denen die Christen haufieren gehen, sollten auch noch mehr bekämpft werden.“

Rommel (Essen): Die Erfolge bei der Lohnbewegung waren befriedigend. Eine hochwichtige Frage ist die Arbeitsvermittlung. Die Christen üben damit eine Verdrängungstaktik.

Beder (Berlin) spricht seine Freude aus, daß die Kollegen ihre Verdrängung über das gelungene Werk des Tarifvertrages ausgesprochen haben. Das Verhalten der im christlichen Holzarbeiterverband zum Vorschein gekommenen Tendenz ist scharf zu urteilen.

Schulz (Eöln): Fortschritte sind in diesem Gau schwerer wie in den übrigen zu erzielen, da die Christlichen in Gemeinschaft mit der Zentrumspartei jede Bewegung nicht nur zu vereiteln suchten, sondern unsere Bewegung täglich schädigen mit ihren schädigen Mitteln.

Bei all den Verleumdungen, die hier registriert sind, ist aber auch nicht einmal der Versuch gemacht worden, die Wahrheit des Behaupteten zu beweisen. Nicht ein einziger konkreter Fall ist nach der „Rheinischen Zeitung“ vorgebracht, der beweisen könnte, daß die Christlichen so „schlechte Kerle“ sind, als wie sie geschildert werden. Das ist bezeichnend für den Tiefstand der sozialdemokratischen Beweisführung. Ein Gauleiter (Meier-Düsseldorf) sollte sich schon hüten zu behaupten, die Christlichen hätten sich bei Lohnbewegungen oftmals erbärmlich benommen und ihre Interessen mit Füßen getreten. Wo und wann war denn das der Fall? Beweise bitte! Um die eigenen Interessen mit Füßen zu treten, dazu gehört schon die Qualifikation eines sozialdemokratischen Durchschnittstaktikers. Wir müssen zugestehen, daß in unserem Lager die Fähigkeit dazu nicht vorhanden ist.

Neudeck-Bochum aber möge erklären, wo unser Verband nichts zur Erringung der Erfolge getan hat. Ausgerechnet Erich Neudeck aus Bochum erhebt solche Vorwürfe. Freilich fehlt unseren Kollegen der Neudeck eigene Fanatismus, mit dem dieser nicht nur die Welt, sondern auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erobern gedenkt. Das mag sie in seinen Augen nicht befähigt machen, etwas zu erreichen. Die Tatsache aber, daß unser Verband im Ruhrrevier schon tatkräftig schaffte, ehe Erich Neudeck sein Delliht hier leuchten ließ, zeigt, daß ein großes Mundwerk durchaus keine Notwendigkeit für die zielbewusste Arbeit ist. Im übrigen hat Neudeck seine „Genossen“ mit der starken Zunahme der Zahlstelle Bochum höchst entzückt. Das Gute ist dabei nur, daß sich niemand zum Nachzählen in Bochum einfindet.

Nach Neusel-Düsseldorf sind die Christlichen an den schlechten Vertragsabschlüssen im Gau schuldig. Weiß denn der Mann nicht, daß selbst in den rotesten Domänen, wo der christliche Verband gar nicht in Betracht kommt, die bestehenden Verträge auf keine Fall besser, in sehr vielen Fällen aber schlechter sind, als die Verträge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet? Seine eigenen „Genossen“ haben ihn auf dem Gantag ja Lügen gestraft. Und welche Bewegung haben die Christlichen denn zu vereiteln gesucht, „Genosse“ Schulz? Wir vermissen auch hier jeglichen Beweis. Ebenso wenig erklärlich finden wir die Äußerungen der Hauptvorstandsmitglieder Beder-Berlin, der die bei der Tarifbewegung im Holzarbeiterverband zum Vorschein gekommene Tendenz scharf verurteilt. Was war denn das für eine Tendenz? Alles Behauptungen, die mit Beweisen nicht belegt werden. Uns ist wirklich nicht bekannt, daß bei der Tarifbewegung Differenzen zwischen den Verbänden vorhanden waren. Oder ist es den „Genossen“ schon zu viel, wenn die christlichen Holzarbeiter einen Tarifabschluß tätigen? Das scheint fast der Fall zu sein, da ja auch aus den Ausführungen des „Genossen“ Rommel-Essen zu ersehen ist, daß er unseren Zahlstellen nicht einmal gönnt, wenn sie arbeitlose Verbandmitglieder wieder in Stellung bringen.

Fast gewinnt es den Anschein, als suchten die Genossen für die Stagnation ihrer Bewegung im Westen Deutschlands einen Sündenbock. Daß man den Zentralverband christlicher Holzarbeiter als solchen entdeckt, ist keine Neuigkeit. Nachdem aber einige Jahre ziemlich Ruhe war, empfindet man anscheinend jetzt das Bedürfnis, einen frisch-fröhlichen Kampf herauszubeschwören. Wozu sonst all die Verdächtigungen und Verleumdungen? Wenns den „Genossen“ Spaß macht, mit uns anzuhändeln, mögen sie kommen, Vorbeeren werden sie bei dem Kampfe gegen unseren Verband im Westen Deutschlands nicht ernten. So ganz auf der Höhe der Zeit stehen sie trotz aller Renommistereien doch noch nicht.

Das streikreichste Land betitelt sich eine Notiz, die durch die Tagespresse läuft. Es wird darin zahlenmäßig der Nachweis geführt, daß im Jahre 1908 Deutschland von allen europäischen Staaten die meisten Streiks hatte. Die Zahlenangabe ist aber irreführend, da erstens Deutschland auch wohl die meisten industriellen Arbeiter und Betriebe von allen Ländern hat, und zweitens die Streikstatistik hier genauer geführt wird wie in anderen Ländern. J. W. kennt die englische Streikstatistik nur Lohnkämpfe mit über 10 Beteiligten. Mit dem Beweise, daß der deutsche Arbeiter der streikfähigste sei, ist es also nichts.

Der sozialdemokratische Tapeziererverband zählte am Jahresabschluss 1909 in 136 Zahlstellen 8253 Mitglieder; gegen das Vorjahr ist das ein Mehr an Mitgliedern von 409. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 242 909,51 Mk., denen Gesamtausgaben im Betrage von 223 579,93 Mk. gegenüberstehen. Das Vermögen des Verbandes stieg im Jahre 1909 um 19 329,53 Mk. auf 138 908,89 Mk. Bemerkenswert ist, daß der Verband für Streiks nur 17 778,66 Mk. aufwandte, wovon noch 7 284,90 Mk. auf die Lokalkassen entfallen. Die Krankenunterstützung erforderte 11 250,40 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung nahm 76 251,85 Mk. in Anspruch. Pro Mitglied verfügt der Verband über ein Vermögen von 16,80 Mk. — Von bekannteren Zahlstellen verzeichnen Mitglieder: Aachen 23, Augsburg 26, Baden-Baden 7, Bamberg 18, Berlin 1549, Benthien 23, Bochum 18, Bielefeld 50, Bonn 12, Coblenz 16, Köln 201, Crefeld 5, Danzig 74, Dortmund 60, Duisburg 32, Düsseldorf 109, Elberfeld 48, Essen 104, Frankfurt 230, Freiburg 43, Fürth 27, Gelsenkirchen 12, Gnesen 8, Grolzig 31, Göttingen 8, Hagen 25, Hamburg 624, Hamm 11, Hannover 257, Heilbronn 11, Hildesheim 16, Karlsruhe 35, Kattowitz 10, Königshütte 9, Mainz 28, Mannheim 110, Reg 8, Minden 14, München 401, M.-Glabbach 17, Münster 15, Nürnberg 144, Osnabrück 14, Paderborn 11, Regensburg 22, Reichenhall 4, Remscheid 5, Saarbrücken 23, Straßburg 31, Stuttgart 218, Trier 19, Unna 14, Wiesbaden 105, Wilhelmshafen 27, Worms 6, Würzburg 22.

Wie interessant, wie interessant —! Die Hirsch-Dundersche „Eiche“ meldet, daß am 31. März „eine Zentralratsitzung mit Butter-Diskussion“ stattgefunden habe. Die „Butter-Diskussion“ führte zur Annahme einer Resolution, die „alle Konsumenten“ auffordert, infolge der hohen Butterpreise sich des Genusses von Butter zu enthalten. — Wenn das nicht in der Agitation zieht, zieht gar nichts mehr. Nur haben die Macher der Resolution nicht bedacht, daß es letzterer gar nicht bedurfte, weil der Inhalt der Arbeiter-Geldbörse schon von selbst zum Butterbrot führt. Aber eine feine Idee haben die Herren doch gehabt. Das kommt nicht oft vor.

Ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß ist von der Leitung der soziald. Gewerkschaften in Aussicht genommen, zwecks Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung. Zu diesem Kongreß sollen alle gewerkschaftlichen Organisationen, auch die christlichen, wie das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ schreibt, zugelassen werden. Uns ist bisher von einer derartigen Veranstaltung nichts bekannt geworden als durch die Mitteilung im soziald. „Correspondenzblatt“. Und auf diese hin sind es die christlichen Gewerkschaften ihrem Ansehen schuldig, die „Genossen“ auf der Konferenz hübsch unter sich zu lassen. Die Beteiligung an einer Veranstaltung, zu der andere Gewerkschaftsrichtungen lediglich zugelassen werden, kann man unserer Bewegung denn doch schlecht zumuten. — Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften wird hoffentlich bald die wünschenswerte Aufklärung über die Art dieser Veranstaltung geben.

Sonderbare Heilige hat sich der soziald. Holzarbeiterverband zu seinen Schutzpatronen erkoren. Auf dem Gantage zu Hannover (10. April) „leuchtete“ nämlich „vom Podium zwischen Lorbeerbäumen die Bronzestatue von Marx und Lasalle“. Was bedeuten denn diese für die Gewerkschaftsbewegung? Von den Anhängern Marx (als dessen Nachfolger sich Kautsky repräsentiert), sagt die Nr. 11 des „Korrespondenz“ für Deutschlands Buchdrucker, daß sie „teils übergeschnappte, teils gemeingefährliche Elemente seien“. Wir vermögen auch wirklich nicht einzusehen, welchen Nutzen Marx als typischer Vertreter des revolutionären Judentums sowie sein System, der deutschen Gewerkschaftsbewegung an Gewinn gebracht hat. Und Lasalle? Man lese nur Bahlreichs Erinnerungen. Es gehört wirklich schon eine große Portion Geschmacklosigkeit dazu, Gewerkschaftlern, deren Haupttugend der Gemeinfinn sein sollte, den eiteln demagogischen Juden Lasalle, der nur um seiner Person willen eine sozialistische Agitation betrieb, als „leuchtendes“ Vorbild hinzustellen.

„Kartell der Staatsarbeiterverbände“ nennt sich eine zu Ostern geschaffene Kartellierung zwischen Trier-Berliner Eisenbahnerverband, Telegraphenarbeiter-Verband, Telegraphenarbeiter-Bund und dem deutschen Militärarbeiter-Verband. Mit Ausnahme des Telegraphenarbeiter-Verbandes, der eigentlich wohl selbst nicht so recht weiß, wie er in diese gemischte Gesellschaft hineingeraten ist, ist die Leitung der beteiligten Verbände politisch eine demokratisch-radikale. Aus diesem Grunde zieht die Verbände weder zu den christlichen Gewerkschaften noch zu den S.-D. Gewerksvereinen hin. Wohl aber

In recht froher Stimmung beisammen hielt. Mit dem Gedanken treu zur Organisation zu halten, haben wohl alle Teilnehmer der Festversammlung die Veranstaltung verlassen.

Pforzheim. Vor nunmehr Jahresfrist wurde gegen das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Pforzheim von Seiten der Gauleitung des soziald. Transportarbeiterverbandes der Vorwurf der Streikbrecheret erhoben. Der Vorsitzende des Kartells, Frank, wies in verschiedenen Zeitungserklärungen die erhobenen, unwarhnen Beschuldigungen zurück und griff dabei zu Worten, die formell beleidigend waren. Es kam zu gegenseitigen Beleidigungsklagen. Vom Schöffengericht Pforzheim wurde Frank zu 50 Mk. und der soziald. Gauleiter Reimüller zu 55 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Kosten wurden geteilt. Reimüller legte gegen das Urteil Berufung ein. Am 7. April kam vor der Strafkammer in Karlsruhe die Sache zur Verhandlung. Nach längerem Zureden von Seiten des Gerichtsvorsitzenden wurde folgender Vergleich geschlossen: 1. „Der Angeklagte nimmt die in Bezug auf den Privatkläger, und der Privatkläger gegen den Angeklagten als Vertreter des Kartells der christlichen Gewerkschaften gemachten Beleidigungen mit Bedauern zurück.“ 2. „Die Gerichtskosten werden von den Parteien zur Hälfte getragen. Die eigenen Kosten nimmt jede Partei auf sich.“ — Wenn man berücksichtigt, daß an der ganzen Streikbrechergeschichte, wie das Schöffengericht feststellte, nichts Wahres war, so kann man nur bedauern, daß durch die Prozederei so viel Arbeitergroschen ausgegeben wurden, die einer besseren Sache dienlicher gewesen. Dieser Fall wurde auch durch die sozialdemokratische Presse getragen, um die christlichen Gewerkschaften zu verächtlichern. Dieser Prozeß hat am besten gezeigt, mit welchen Mitteln die christlichen Organisationen bekämpft werden.

Lapezierer und Sattler.

Eöln. Bei der Stahlbaum-Sattelfabrik von Guillaume in Mülheim tritt kurzem ein Mitglied unserer Sektion in Arbeit. Es arbeiten hier sonst nur waschechte Genossen. Als diese zu einer Werkstattpersammlung einluden, begab sich auch unser Kollege hin. Der sachliche Teil der Beratungen wurde bald abgetöst durch die Stellungnahme zum Arbeitsantritt unseres Kollegen. Das erste, was geschah, war die Aufforderung zum Uebertritt, wozu sich unser Kollege selbstverständlich weigerte. Und da der Gauleiter Schneider vom soziald. Sattlerverband vermutete, unser Kollege sei eigens in den Betrieb untergebracht worden, um die Mitglieder des roten Verbandes zu verdrängen, denn „er sehe gar nicht so dumm aus“, beschloßen die „Genossen“, zu „stärkeren Maßnahmen“ zu greifen. Als unser Kollege am andern Morgen zur Arbeit kam, konnte er eine gar nicht freundliche Haltung seiner Mitarbeiter beobachten. Das führte dann zu einem Wortgefecht, das mit der Forderung der „Genossen“ beendet wurde: „Der Christliche muß entlassen werden oder wir hören auf.“ Der Wunsch der soziald. Freiheitshelden wurde dann auch erfüllt und unser Kollege konnte sein Bündel schnüren. Jetzt sind sie wieder hübsch unter sich, unbelastigt von dem „christlichen Schredgepenst“. — So sieht die „Freiheit“ der „Genossen“ in der Praxis aus, wo sie die Macht besitzen. Es ist übrigens nicht das erstemal, daß man Kollegen unseres Verbandes aus jenem Betriebe hinausgedrückt hat. Mögen sich die „Genossen“ nur gefast sein lassen, daß sie dauernd nicht so schalten und walten, wie sie das bisher genohnt waren. Auch hier geht „der Krug nur so lange zum Braunen, bis er bricht!“

Bremen. Auch unter den Tapezieren und Sattlern greift der Gedanke der Organisation immer mehr und mehr Platz. Viele haben sich dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter angeschlossen, aber der weitaus größte Teil nicht. Dieser arbeitet noch unter mühseligen Arbeitsverhältnissen und um letztere zu beseitigen ist es jetzt an der Zeit (wo wir doch vor einer besseren Konjunktur stehen) daß auch die bisher uns Fernstehenden sich dem Verbände anschließen zwecks Erlangung einer besseren Lebenslage. Die wenigen Wochen dieses Jahres haben uns gezeigt, daß sich an vielen Orten die Kollegen den Krisenschlaf aus den Augen gerieben und sich eines besseren besonnen. Manche Lohnbewegung ist mit einem Erfolg für uns zum Abschluß gekommen, andere denken auf einen Erfolg. Auch hier in Bremen traten die Gehilfen zwecks Abschluß eines Tarifes an die Sattlermeister heran. Der Vertragsentwurf fordert 50 Pfg. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit und für mehr verdienende Kollegen einen Zuschlag von 10 Pfg. In einer am 30. März stattgefundenen Sitzung wurde diese Forderung als zu hoch und unberechtigt abgewiesen. Die Innung bewilligte zwar einen Zuschlag von 2 1/2 Pfg. die Stb. auf drei Jahre. Dieses Anerbieten wurde von den Gehilfen abgelehnt und reichten dieselben am 4. April die Kündigung ein. Wenn man bei den teuren Zeiten in Betracht zieht, daß verheiratete Gehilfen Wochenlöhne von 23 — 25 Mark erhalten, in manchen Profistädten noch weniger, so ist es ein Rätsel, wie diese mit der Familie auszukommen vermögen. Kollegen, besinnet euch auf euch selbst. Eure Arbeitskraft, euer einziges Vermögen werft nicht leichtsinnig fort. Fälle, wo man alten Arbeitern, weil ihre Arbeitskraft ausgebraucht, den Laufpaß gibt, sind nicht selten. Auch euch kann dies passieren. Zur Wahrung eurer Interessen schließt euch zusammen. Einigkeit macht stark. Ein Stübchen ist leicht zu brechen aber nicht ein ganzes Bund. Schreiber arbeitete vor mehreren Jahren in einem Städtchen an Niederrhein. Arbeitstage von 12 bis 14 Stunden waren keine Seltenheit, zumal des Sonnabends; von einer Bezahlung der Ueberstunden war überhaupt keine Rede. „Immer feste drauf“ und das für einen Wochenlohn von 8 Mk., wie es leider auch heute noch an manchen Orten üblich ist. Ich besann mich eines besseren und schloß mich dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter an, und hat mich dieses noch nicht gereut; hat mit doch der Verband in mancher Notlage hülfreich zur Seite gestanden. Ich machte meinem Arbeitgeber Vorstellungen, daß ich mit der langen Arbeitszeit nicht einverstanden sei, bekam aber zur Antwort, daß das so sein müsse u. s. w. Denn, so meinte er, wenn ich einmal Meister würde, könnte ich mich bedanken, wenn ich Gehilfen beschäftigen müßte, die Gewerkschaftler wären. Manche Arbeitgeber sind aber anderer Meinung, sie wünschen sogar, daß die Gehilfen sich organisieren, denn durch die Organisation wird der Preiswettbewerb und Mißwirtschaft im Handwerk gesteuert. Ich wüßte allen Kollegen, die beim besten Willen nicht für die Organisation zu gewinnen sind, die gleichsam mit einem Hammer vor den Kopf geschlagen zu sein können, eine derartige Auslegung, damit sie am eigenen Bockespäßen, wie notwendig der Verband ist.

Krankengeldzuschusskasse.

Bochum. Kassierer: Hermann Schimmel, Klosterstraße 311.

finden Sozialdemokraten in ihnen den sonst nirgends zu findenden Unterschlupf. Die „Durchdringungspolitik“ der „Gewissen“ wird mit der Zeit schon zeigen, wohin die Reise der Verbände geht.

Soziale Rundschau.

Die heftigste Gewerbeinspektion im Jahre 1909. Der Jahresbericht der Großherzoglich Hessischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1909 verzeichnet eine gegen das Vorjahr erhöhte Zahl der Revisionen, nämlich 9400 gegen 8862. Auch die Zahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen ist gestiegen und zwar von 5981 auf 6480. In diesen Fabriken usw. wurden insgesamt beschäftigt 99 414 (96 668) Arbeiter; von diesen waren erwachsene männliche 70 372 (69 084), Arbeiterinnen über 16 Jahre 18 863 (17 817), junge Leute 10 143 (9746), und Kinder unter 14 Jahren 36 (21). Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurden in 635 (785) Anlagen ermittelt: bestraft wurden deswegen 60 (35) Personen. Für die Arbeiterinnen stellen sich die bezüglichen Ziffern auf 211 (253) bzw. 23 (16). Die Bewilligung von Ueberarbeit hat in hohem Maße zugenommen, was mit den durch die Reichsfinanzreform für die Zigaretten- und Säbholzindustrie geschaffenen besonderen Verhältnissen zusammenhängt. Im einzelnen sei folgendes festgestellt: Bei der Durchführung der Arbeiter- und Arbeiterinnen-Gesetze, insbesondere in Bäckereien, in Gast- und Schankwirtschaften, Maler-, Anstreicher- und Lackiergeschäften, in der Heimarbeit und ganz besonders bei der Durchführung des Kinderschutzgesetzes erwies sich die Mithilfe der Beamten aus dem Arbeiterstande als sehr erprießlich. Vielfache Klagen werden noch laut über die Beschäftigungsverhältnisse. Daß für die Arbeiterchaft die Fabrikbeschäftigung gesundheitlich günstiger ist als die Heimindustrie, bewies folgendes Beispiel: Mit der Errichtung einer mechanisch betriebenen Weberei im Amtsbezirk Siegen traten fast alle am Orte seither als Heimarbeiter beschäftigten Arbeiter in die Fabrik ein. Die damit verbundene Regelung ihrer Arbeitszeit und ihrer Ruhepausen sowie die steigenden Löhne übten, soweit sich bis jetzt beobachten ließ, auf die Gesundheit einen sehr günstigen Einfluß aus. Bezüglich der Arbeitsordnungen macht sich das Bestreben geltend, für bestimmte Interessengruppen, die zu weit einem größeren Verbände angehören, den Arbeitsordnungen den gleichen Wortlaut zu geben. Nach dem Berichtserfasser liegt solcher gemeinsame Erlass sowohl im Interesse der Arbeitgeber, wie Arbeitnehmer. Erstere haben bei gemeinsamen Vorschriften weniger unter dem Arbeitswechsel zu leiden, da die Arbeitnehmer in anderen Betrieben keine günstigeren Vorschriften angestreben hoffen, während die letzteren beim Wechsel ihrer Arbeitsplätze sich nicht erst mit neuen Vorschriften vertraut machen müssen, wodurch manche Reiberei vermieden wird. Die Unfälle haben wesentlich abgenommen, nämlich von 45 auf 1000 Personen im Jahre 1908 auf 33. Einen wesentlichen Rückgang haben auch dieser Richtung hin zu verzeichnen die gesamte chemische Industrie, die Klein- und Papierindustrie. Besondere Aufmerksamkeit haben die Beamten bei Bäckereien im Hinblick auf die neuen Polizeiverordnungen über die Einrichtung und Betrieb derselben zugewandt. Einer derselben ist der Ansicht, daß die beteiligten Gewerbetreibenden trotz der gebrauchten Opfer froh sind, in gesunden und ruhigeren Räumen arbeiten zu können. Auch wurde manches Geschäft sehr bald wahrnehmen, daß das Publikum sich lieber den Geschäften wende, die ein größeres Maß von Reinlichkeit und Hygiene zur Durchführung brächten. Ausführlich wird schließlich über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände der Arbeiterbevölkerung Hessens sowie über die Wohlfahrts-einrichtungen berichtet, die auch im letzten Jahre wieder in erheblichem Maße fortgeschritten sind.

Für neuen Reichsversicherungsordnung wird der Kölnischen Volkszeitung geschrieben:

Wenn man ein Gesamturteil über die sozialpolitische Bedeutung der Reichsversicherungsordnung gewinnen will, so empfiehlt es sich, zunächst einmal von dem verwirrenden Durcheinander der seit Jahresfrist im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehenden Einzelfragen abzusehen. Die große Bedeutung dieser Frage soll damit nicht geschmälert werden; stellt doch ihre Lösung nicht das kleinste Stück Arbeit in dem neuen Entwurf dar. Aber das Haupturteil über den Entwurf hängt trotzdem zum großen Teil davon ab, welchen Fortschritt er in der deutschen Arbeiterversicherung als Ganzes bedeutet, und wieviel Personen

er neu in die Segnungen der Reichsversicherung einbezogen wird.

Die deutsche Krankenversicherung wurde 1883 für etwa vier Millionen gewerblicher Arbeiter eingeführt; sie wurde 1885 auf das Transportgewerbe mit etwa 300 000 und 1892 auf Handlungsgehilfen und Lehrlinge bis zu 2000 Mark Einkommen, auf das entsprechende Personal bei Anwälten, Berufsgenossenschaften usw., zusammen auf etwa 200 000 Personen ausgedehnt. Seitdem ist der Mitgliederkreis stets durch die Zunahme der deutschen Bevölkerung gewachsen, hat aber keine Ausdehnung durch Reichsgesetze, sondern nur durch einzelne Landesgesetze hinsichtlich der landwirtschaftlichen Arbeiter erfahren. Zurzeit sind 12,3 Millionen in der Krankenversicherung versichert.

Die deutsche Unfallversicherung wurde 1884 für etwa 3,4 Millionen gewerblicher Arbeiter errichtet. 1886 wurde sie ausgedehnt auf etwa 140 000 Versicherte aus dem Transportgewerbe, 1887 auf etwa 5,5 Millionen landwirtschaftlich Beschäftigter. 1888 auf etwa 600 000 hausgewerblicher Arbeiter und Seeleute, und endlich 1900 auf etwa 25 000 Versicherte aus der gewerblichen Brauerei, aus dem Schlosser- und Schmiedegewerbe, aus der Fleischer-, der Lager- und auf Betriebsbeamte bis zu 3000 Mark Einkommen. Zurzeit sind in der Unfallversicherung gegen 20 Millionen versichert.

Der größte Schritt war die Einführung der Invalidenversicherung, die im Jahre 1891 für etwa 11 Millionen Versicherte errichtet wurde. Sie ist durch Bundesratsbeschlüsse später auf die Hausgewerbetreibenden in der Textil- und in der Tabakindustrie mit rund 100 000 Personen ausgedehnt worden, hat aber seitdem keine gesetzlichen Erweiterungen erfahren. Infolge der Bevölkerungszunahme des Deutschen Reiches umfaßt die Invalidenversicherung jetzt etwa 15 Millionen Versicherte.

Die Reichsversicherungsordnung zieht in die gesetzlichen Krankenversicherungen neu hinein: an landwirtschaftlich Beschäftigten 4803 Millionen, an Dienstboten 1105 Millionen, an unabhängig Beschäftigten 356 000, an im Wandergewerbe Beschäftigten 40 000, an Hausgewerbetreibenden 295 000, an sonstigen Personen 259 000 Personen. Insgesamt werden also beinahe 7 Millionen Personen neu gegen Krankheit versichert. Diese Erweiterung ist beinahe doppelt so groß an Umfang, wie die gesamte Krankenversicherung bei ihrer Einrichtung im Jahre 1883. In der Unfallversicherung bringt die Reichsversicherungsordnung die Ausdehnung auf das Dekoraturgewerbe, auf den Betrieb der Badeanstalten, auf den gewerblichen Fuhrbetrieb, auf Reit-, Tier- und Stallhaltungsbetriebe und ähnliches mit zusammen etwa 80 000 Versicherten. Die Invalidenversicherung erfährt nur eine Ausdehnung um etwa 20 000 Versicherte, weil im Unterschied von der Krankenversicherung die Hausgewerbetreibenden nicht invalidenversicherungspflichtig werden. Neben dieser Erweiterung und gleichzeitig mit ihr wird als völlig neuer Versicherungszweig die Hinterbliebenenversicherung für etwa 15 Millionen Versicherte eingeführt.

Die Reichsversicherungsordnung bildet neben der Gewerbeordnungsnovelle von 1908 und dem Arbeitskammergesetze das Hauptstück sozialpolitischer Arbeit, das unter dem Bethmannschen Staatssekretariat des Innern geleistet worden ist. Kein äußerlich nach dem Umfange der neu in die Versicherung einbezogenen Menschen bedeutet die Reichsversicherungsordnung den weitesten Schritt, der bisher in der deutschen Arbeiterversicherung auf einmal geschehen ist. Die erhebliche Erweiterung der Krankenversicherung und die gleichzeitige Einführung der Hinterbliebenenversicherung bedeutet zusammen für die deutsche Volkswirtschaft eine Mehrbelastung von rund 147 Millionen Mark jährlich, wovon etwa 27 Millionen auf das Reich und je 60 Millionen Mark auf Arbeitgeber und Arbeiter entfallen. Mag man sich an den Einzelheiten des Entwurfs stellen, wie man will, das wird man hiernach vorbehaltlos anerkennen müssen, daß die Reichsversicherungsordnung einen erheblichen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet. Und es ist ein gutes Zeichen, daß dieser Fortschritt und diese erhebliche Mehrbelastung von allen Beteiligten als etwas Nötiges, ja selbstverständliches ohne Sträuben übernommen wird.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Internationale Partelle von Arbeitgeberverbänden sind auf dem Gebiete der Arbeitgeberbewegung erst neuesten Datums. Nachdem die Schiffahrtsunternehmer eine internationale Vereinigung geschaffen, sind diesen letzten die Arbeitgeber des Baugewerbes gefolgt. Bei den Rednern scheint die Bemerkung von Streikbrechern die Hauptaufgabe der

internationalen Verbindung zu sein. Ähnliches wird auf die Vereinigung der Bauarbeitgeber bezogen. Nach den Äußerungen des Generalsekretärs der schwedischen Arbeitgeber strebt die internationale Vereinigung der Bauarbeiter dazu noch an, in die kollektiven Arbeitsverträge die gleichen Bestimmungen hineinzubringen. Bis zur internationalen Regelung der Tarifverträge wird indeß doch wohl noch ein weiterer Schritt sein; ganz besonders aber im Baugewerbe

Soziale Rechtsprechung.

Ist die Streikunterstützung steuerpflichtig? Ueber die Frage mußte in den letzten Jahren verschiedene Male entschieden werden, trotzdem ist aber bisher noch keine übereinstimmende Entscheidung gefällt worden. Die Juristen waren bisher im allgemeinen der Meinung, daß die Streikunterstützung nicht besteuert zu werden brauche, wenn dem Empfänger nicht das Recht zugesichert ist, die Streikunterstützung auch einzuklagen. In diesem Sinne hat vor drei Jahren das Finanzministerium im Königreich Sachsen entschieden. Eine andere Auffassung vertreten die Behörden im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin. Von der untersten bis zur obersten Behörde wurde dort die Streikunterstützung für steuerpflichtig erklärt. In einer ziemlich ausführlichen Begründung hat sich dagegen die oberste Behörde im Königreich Württemberg wiederum dafür ausgesprochen, daß die Streikunterstützung nicht zur Besteuerung herangezogen werden könne. Jetzt ist wieder eine neue Entscheidung über diese Frage gefällt worden und zwar wiederum im Königreich Sachsen. Diese Entscheidung steht aber der früher gefällten Entscheidung im Königreich Sachsen schroff gegenüber. Während das Sächsische Finanzministerium die Streikversicherung als nicht steuerpflichtig klassierte, hat das Sächsische Obergericht entschieden, daß die Streikunterstützung zu versteuern ist. In der Erkenntnis wurde ausgeführt, daß der fehlende Rechtsanspruch kein Grund sei, der von der Besteuerung befreie, schon wenn jemand die Streikunterstützung beziehe, rechtfertige die Heranziehung zur Steuer. Dabei stellte aber das Sächsische Obergericht weiterhin den Grundlag auf, daß die Beiträge zu den Arbeiterorganisationen nicht ohne weiteres eingezogen werden dürfen. Es wurde ausgeführt, die Aufgaben, die sich die Arbeiterorganisationen gestellt hätten, seien so verschiedenartig, daß nicht zu erkennen sei, welcher Teil der Beiträge für die Unterstüzungen bestimmt seien. Wollen die Arbeiterorganisationen erreichen, daß ihren Mitgliedern bei der Steueranmeldung wenigstens die Beiträge für die Unterstüzungseinrichtungen in Abzug gebracht werden, so müssen sie nach dieser Rechtsprechung in den Mitgliedsbeiträgen die Beiträge für die Unterstüzungen besonders hervorheben.

Aus dem gewerblichen Leben.

Württembergische Holzwarenmanufaktur-Aktiengesellschaft. Bayer u. Reibfried, Gillingen a. N. Die Gesellschaft verteilte für das Jahr 1909 zum ersten Male seit ihrer im Jahr 1903 erfolgten Gründung eine Dividende von 4 1/2 Proz., nach im abgelassenen Jahre das Unternehmen durch Kapitalreduktion von 1 000 000 Mk. auf 600 000 Mk. auf eine neue Basis gestellt worden ist. Der Rohgewinn beträgt 241 371 Mk. (i. J. 184 317 Mk.), bei 28 277 Mk. (33 746 Mk.) Abschreibungen ergab sich ein Reingewinn von 57 412 Mk. (171 987 Mk. Verlust i. J. In der Bilanz erscheinen 494 000 Mk. (wie i. V.) Hypothekendarlehen und 100 030 Mk. (388 218 Mk.) Kreditoren, darunter 53 937 Mk. (i. V. 277 151 Mk.) Bankschuld und 44 265 Mk. Akzepten. Andererseits standen bei Debitoren 302 579 Mk. aus, die Holz- u. Materialvorräte sind mit 234 057 Mk. (414 207 Mk.) fertigen Waren mit 23 528 Mk. bewertet. Patente, Musterrechte und Modelle werden ganz amortisiert. Das neue Geschäftsjahr hat laut Bericht gut eingesetzt, die Gesellschaft sei in den Anfangsmontaten voll beschäftigt, die Direktion stellt für das kommende Geschäftsjahr, von unvorhergesehenen Ereignissen abgesehen, ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht.

Adressenveränderungen.

Herrn V. Klemens Wellmann, Viktoriastraße 1 II. R. Gladbach. R. Peter Mattes, Peterstraße 3. Herr Wied. V. Adolf Orth, Engerstraße 72.

Briefkasten.

Z. B. 1) „Die Bau- und Huthölzer“ von Ed. Preis 6 Mk. (In fast allen Fachwerken (Walde: Der praktische Tischler u. a.) finden sich Angaben der gewünschten Art.) ohne Belang.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule

Sitz in Jena. Geheh. Lehrstuhl der Branche u. Reparaturschule (Reparatur) und Schulbetrieb. Programme frei nach der Richtung.

B. Kolscher's

Fachschule Detmold

für Tischler u. für gewerbliche Zeichnen. Extrastraße, Ecke Grabenstraße.

In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion.

B. Kolscher.

Tischler-Fachschule

Hilfenburg a. Harz. Gehehene Ausbildung als Tischler, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei. Direktor Reisinger.

Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Tischler für Tischler“, 190 Seiten Text, gebunden Mk. 5. Zu beziehen von Direktor Reisinger, Hilfenburg am Harz.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Große Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten. :: Programme frei. ::

Direktor Brecht.

Eingelegte Fourniere

für Nähtische, Schatullen, Säulungen. Kupferbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbriefe. Carlsh. Bille, Marquettstr., Heidelberg, Theaterstraße 7.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule

Nürnberg.

Erstklassige Lehranstalt.

Kürchenweg 14. Dir. C. Kahram.

Ge sucht

ein tüchtiger Bürstenmacher (guter Bescher) auf sofort.

B. Petermann, Cronau i. B.

Tischler

findet angenehme dauernde Stellung und wechselungsreiche Arbeit auf feineren Familienanschluß.

Ladberger Kunsttischler F. Schoppert, Ladbergen i. B.

Für Schreiner

Großes modernes Möbelwerk, 300 Stk. 1-10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für 3 Mark abgegeben.

Basil Rod, Arndt, Düsseldorf, Beethovenstraße.